



## Petition 191189

### Lohnfortzahlung im Krankheitsfall - Keine Streichung der Lohnfortzahlung am ersten Krankheitstag

#### Text der Petition

Mit der Petition wird gefordert, dass die geplante Streichung der Lohnfortzahlung am ersten Krankheitstag sofort verworfen wird.

#### Begründung

Jede Form von unbezahlter Krankheit ist nichts anderes als ein Rückschritt in Ausbeutung. Eine Zustimmung zu solchen Maßnahmen kommt nur infrage, wenn gleichzeitig die Löhne um mindestens 200 % steigen und alle Lebenshaltungskosten stabil bleiben. Alles andere ist eine Rückkehr in moderne Sklaverei.

Der Vorschlag, die Lohnfortzahlung am ersten Krankheitstag zu streichen, ist nicht nur unsozial – er ist ein direkter Angriff auf die finanzielle und körperliche Gesundheit arbeitender Menschen. Wer krank ist, ist krank, und darf nicht wirtschaftlich bestraft werden.

Die Politik versucht, das Problem hoher Krankenstände zu lösen, indem die Verantwortung auf die einzelne arbeitende Person abgewälzt wird. Genau das ist ein Muster, das wir aus historischen Kontexten kennen, in denen Menschen lediglich als Ressource behandelt wurden. Wenn das Risiko von Krankheit vollständig auf Arbeitnehmer übertragen wird, während Unternehmen ihren Output steigern wollen, dann sprechen wir nicht mehr über moderne Arbeitsbedingungen, sondern über systematische Ausbeutung.

Die einzige denkbare Rechtfertigung für solch einen drastischen Eingriff wäre eine vollständig veränderte ökonomische Balance: Löhne müssten um mindestens 200 % steigen, während Mieten, Lebensmittel, Energie und alle übrigen Lebenshaltungskosten stabil bleiben. Nur dann wäre die Belastung, die durch einen unbezahlten Krankheitstag entsteht, überhaupt verkraftbar.

Die Realität ist jedoch eine andere: Die Lebenshaltungskosten explodieren, viele Haushalte sind bereits am Limit, und jeder zusätzliche finanzielle Druck führt direkt in Existenzangst. Ein unbezahlter Krankheitstag würde Millionen Menschen dazu zwingen, krank zur Arbeit zu gehen, Krankheiten zu verschleppen, Kollegen anzustecken und langfristig höhere gesellschaftliche Kosten zu erzeugen.

Dieser Vorschlag ist daher nicht nur wirtschaftlich kurzsichtig, sondern gesellschaftlich brandgefährlich. Er destabilisiert Vertrauen, belastet Familien, provoziert gesundheitliche Schäden und drückt die arbeitende Bevölkerung in ein Abhängigkeitsverhältnis, das einer modernen Form von Sklaverei bedenklich nahekommt.

Ich fordere, diesen Vorstoß klar und deutlich zu verwerfen – und stattdessen

politische Maßnahmen zu entwickeln, die die Ursachen hoher Krankenstände adressieren: bessere medizinische Versorgung, Entlastung in belasteten Branchen, mehr Prävention, verbesserte Arbeitsbedingungen und ein respektvoller Umgang mit menschlicher Gesundheit.